

Eva Maria Welskop-Deffaa / Dr. Oliver Müller
Deutscher Caritasverband „Caritas international“
Pressekonferenz „Jahresbericht 2024“
Freiburg, 15. Juli 2025, 10:30 Uhr

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Wir machen nun gedanklich einen Schritt weiter in den Osten, genauer in den Nahen Osten, nach Israel und in den Gaza-Streifen.

21 Monate nach dem furchtbaren Angriff der Hamas auf Israel, nach 21 Monaten Krieg, ist die Lage im Gazastreifen schlimmer als je zuvor. Wir erleben dort eine humanitäre Katastrophe. Immer wieder werden zivile Einrichtungen angegriffen. Die gesamte Bevölkerung – ist mittlerweile auf humanitäre Hilfe angewiesen. Es droht eine Hungerkatastrophe

Und trotzdem gelangen seit Monaten kaum Hilfslieferungen in das Gebiet. Unsere lokalen Partner – Juzoor, Catholic Relief Services (CRS) und Caritas Jerusalem – berichten von Preisen bis zu 500 US-Dollar für einen Sack Mehl – das ist 20-mal mehr als vor Kriegsbeginn. Kinder im Gaza-Streifen erhalten pro Tag weniger Kalorien als von der WHO für das bloße Überleben als Mindeststandard angesetzt wird. Ich bin dankbar, dass Herr Dr. Müller Sie über die Details informieren wird.

Um es klar zu sagen: Diese humanitäre Krise ist kein Naturereignis, ist kein Schicksal – das ist politisch gewollt. Es ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. Entscheidungen, die dazu führen, dass Menschen in Not lebenswichtige Hilfe vorenthalten wird.

Das ist ein Bruch des humanitären Völkerrechts. Schon das Aushungern der Zivilbevölkerung ist ein Kriegsverbrechen. Wir erleben dieser Tage, wie das Völkerrecht erodiert – und mit ihm der Schutz der Zivilbevölkerung. Vor aller Augen. Wir stellen fest: Die Prinzipien des humanitären Völkerrechts – „Menschlichkeit“, „Neutralität“ und „Unparteilichkeit“ – werden in Gaza ebenso skrupellos verletzt wie in der Ukraine, wie im Sudan und an anderen Orten auf der Welt.

Ja, es werden immer wieder temporäre Öffnungen der Grenzen oder eines Hilfskorridors angekündigt – aber diese Öffnungen kommen regelmäßig zu spät, sind zu klein dimensioniert und die Verteilung geht zu langsam voran. Wenn 100 Lkw an einem Tag durchgelassen werden, mag das zunächst einmal für Laien nach viel klingen, aber nach UN-Angaben wären 500 täglich nötig, um den Bedarf der hungernden Menschen zu decken.

Die Lage hat sich weiter verschärft, seit Israel und die USA Ende Mai die Verteilung der Hilfsgüter über wenige zentrale Verteilpunkte der sogenannten „Gaza Humanitarian Foundation“ durchgesetzt haben. Die Lebensmittelhilfe wurde auf eine Kalorienzahl deutlich unterhalb des humanitären Mindeststandards beschränkt. Mit der Konzentration der Hilfe auf vier Verteilpunkte ist zudem der Zugang zur Hilfe ausgerechnet für die Menschen massiv erschwert worden, die am dringendsten darauf angewiesen sind: Ältere, Kranke und Menschen mit Behinderungen. An vielen Stellen gilt das Recht des Stärkeren.

Aber mehr noch: Diese Verteilstruktur wird vom israelischen Militär kontrolliert und von privaten Sicherheitsdienstleistern begleitet – ohne transparente Zusammenarbeit mit den etablierten UN-Organisationen. Wie schlecht dieses System funktioniert, haben nicht zuletzt die verheerenden Zwischenfälle gezeigt, bei denen Helfer wie Hilfsbedürftige bei Verteilungen ums Leben kamen.

All das ist für unabhängige humanitäre Organisationen wie Caritas nicht hinnehmbar. Denn es wird nun nicht mehr nur die Einfuhr der Hilfsgüter vom Militär kontrolliert, sondern auch der Zugang der Bevölkerung zur humanitären Hilfe. Damit wird humanitäre Hilfe inakzeptabel politisiert und zum Teil militärischer Logik unterworfen.

Wir sagen klar: Das widerspricht allen Grundprinzipien humanitärer Arbeit. Die aktuelle Struktur der Hilfsverteilung läuft Gefahr, humanitäre Hilfe zu einem politischen Instrument werden zu lassen. Wir als Caritas können und wollen das nicht hinnehmen. Caritas und ihre Partner können unter diesen Bedingungen nicht wirksam und bedarfsgerecht helfen. Das Völkerrecht ist eindeutig: Humanitäre Hilfe darf nicht politisiert oder instrumentalisiert werden. Sie muss sich allein am Bedarf orientieren.

Unsere Mitarbeitenden und unsere Partner – Catholic Relief Services und Juzoor – sind vor Ort. Sie haben bewiesen, dass ihre Hilfe möglich ist – sicher, transparent, gerecht. Sie können dokumentieren, dass jede Hilfe ausschließlich Menschen in Not erreicht. Allein Juzoor unterhält mehr als 50 medizinische Versorgungspunkte.

Es braucht keine neuen, intransparenten Strukturen. Es braucht eine Öffnung der Grenzen und Verteilungen über bewährte, international anerkannte Mechanismen.

Die aktuelle Struktur der Hilfsverteilung führt dazu, dass humanitäre Hilfe zu einem politischen Instrument wird. Wir als Caritas können und wollen das nicht hinnehmen. Caritas und ihre Partner können unter diesen Bedingungen nicht wirksam und bedarfsgerecht helfen. Das Völkerrecht ist eindeutig: Humanitäre Hilfe darf nicht politisiert oder instrumentalisiert werden. Sie muss sich allein am Bedarf orientieren. Unsere Mitarbeitenden und unsere Partner Catholic Relief Services und Juzoor sind vor Ort.

Humanitäres Völkerrecht ist nicht verhandelbar – es ist der letzte Schutz, den die Schwächsten dieser Welt noch haben. Wenn wir diesen Schutz preisgeben, verlieren wir nicht nur eine regelbasierte Ordnung. Wir verlieren ein Stück unserer eigenen Menschlichkeit.

Ich übergebe nun noch einmal an Sie, Herr Dr. Müller, damit er – nach einem vertieften Blick auf die humanitäre Lage in Gaza – den Blick weitet auf die tiefgreifenden Veränderungen im globalen humanitären System.

Eva Maria Welskop-Deffaa

Dr. Oliver Müller

Präsidentin Deutscher Caritasverband

Leiter Caritas international